

hinterlegt im AF 319
am 8. Januar 24
XXX (2023-2024) Nr. 1

75.433/3

PARLAMENT
der Deutschsprachigen
Gemeinschaft



Parlament der DG					
088007			12.01.24		
1	2	3	4	GS	PDT

Original

Kopie

Sitzungsperiode: 2023-2024
Datum: XX.XX.XXXX

SONDERDEKRETVORSCHLAG ZUR ABERUFUNG VON ÖFFENTLICHEN MANDATAREN

INHALTSANGABE

Der vorliegende Sonderdekretvorschlag führt die Möglichkeit ein, öffentlichen Mandataren, die in den Verwaltungsrat der Autonomen Hochschule bzw. des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen bestellt wurden, ihr Mandat zu entziehen, insofern ihnen schwerwiegende Fehler, grobe Fahrlässigkeit oder inakzeptables Fehlverhalten nachgewiesen werden können.

INHALTSVERZEICHNIS

Begründung	3
Allgemeine Erläuterungen.....	3
Kommentar zu den Artikeln	4
Sonderdekretvorschlag	6

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Das Thema „Verantwortung der Politik im Netz“ beschäftigt das Parlament seit mehr als zwei Jahren. Neben der Verantwortung, der sich die Parlamentarier selbst stellen müssen und zu deren Festigung das Parlament über die Einführung eines Verhaltenskodex reflektiert, sollen auch andere Mandatare, die ein öffentliches Mandat wahrnehmen, zur Verantwortung gezogen werden können. Letzteres soll über eine Abberufung im Falle von Fehlern oder Fehlverhalten möglich werden. Mit vorliegendem Sonderdekretvorschlag wird die Grundlage für eine solche Abberufung geschaffen.

Tatsächlich hat vor allem die Entwicklung des Internets das (Zusammen)Leben unserer Gesellschaft revolutioniert und dies hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Ausübung von Grundrechten, die für den Aufbau einer Demokratie von essenzieller Bedeutung sind. U. a. die Meinungsfreiheit gehört zu diesen Grundrechten, denn tatsächlich ist der Pluralismus ein fundamentaler Wert demokratischer Systeme.

Allerdings gefährden insbesondere Verschwörungstheorien, die sich vor allem im Netz schnell verbreiten können, diesen Pluralismus und somit die Demokratie.

Es liegt in der Verantwortung der öffentlichen Mandatare, die Werte der Demokratie durch ihr Verhalten zu schützen und zu wahren. Handelt ein Mandatar entgegen diesen demokratischen Werten, muss er zur Verantwortung gezogen werden können.

Bisher besteht nur punktuell die Möglichkeit, einen Mandatar, der durch sein Verhalten die Demokratie gefährdet, seines Amtes zu entheben.

Durch vorliegenden Sonderdekretvorschlag wird die Möglichkeit eingeräumt, die Abberufung der Mandatare, die ihre Verantwortung nicht korrekt wahrnehmen, in die Wege zu leiten.

Die Verantwortung wird nicht korrekt wahrgenommen, wenn schwerwiegende Fehler begangen werden oder wenn grobes Fehlverhalten zu erkennen ist.

In der Regel werden folgende Fehler oder folgendes Verhalten als verwerflich betrachtet: Unehrllichkeit, nicht vertrauenswürdige Verhalten, Missachtung der Geheimhaltungspflicht, Verbreitung von Fake News und Desinformationen, Aggressivität (auch verbal – Hatespeech), Diebstahl, Machtmissbrauch, Manipulation öffentlicher Auftragsvergabe usw.

Damit ein Fehler oder Fehlverhalten unumstößlich eine Abberufung zur Folge haben darf, muss dieser bzw. dieses aber als grob bzw. als schwerwiegend eingestuft werden.

Die Begrifflichkeiten „schwerwiegender Fehler“ und „grobes Fehlverhalten“, die zu einer Abberufung dieser öffentlichen Mandatsträger führen können, können allerdings nicht erschöpfend definiert werden. Es obliegt schlussendlich immer dem zuständigen Richter, im Einzelfall zu prüfen, ob ein Fehler als schwerwiegend oder ein Verhalten als grob fehlerhaft einzustufen ist.

Aus der bestehenden Jurisprudenz (u. a. des Verfassungsgerichtshofs und des Staatsrats) und Doktrin kann man indes gewisse Kriterien herausfiltern, die darauf hinweisen, was einen Fehler zu einem schwerwiegenden Fehler und ein Fehlverhalten zu einem groben Fehlverhalten machen.

Einer dieser Indikatoren ist die **Schwere der Folgen**, die die Fehler oder das Fehlverhalten verursachen bzw. verursachen können. Dies gilt vor allem, wenn die Folgen als nicht wieder gutzumachen einzustufen sind.

Auch muss das **Verhältnis** zwischen dem Mandatsträger und der Einrichtung, in der das Mandat ausgeübt wird, durch den Fehler oder das Fehlverhalten so **zerrüttet** worden sein, dass eine weitere Zusammenarbeit unmöglich scheint.

Überdies muss es für eine normal umsichtige Person **offensichtlich sein**, dass es sich bei der Tat oder dem Verhalten um einen Fehler handelt. Diese Offensichtlichkeit führt dazu, dass der Fehler als unentschuldbar gilt.

Bei Handlungen oder Verhalten, die mit dem Mandat unvereinbar sind, handelt es sich in der Regel um (moralisch) verwerfliche Handlungen, also um Verhalten, die dem Ansehen der Einrichtung schaden können, oder um Handlungen und Verhalten, bei denen ein Interessenkonflikt zum öffentlichen Mandat zu erkennen ist.

Die Beweislast bezüglich der Schwere eines Fehlers, eines Fehlverhaltens oder von mit Mandaten unvereinbaren Handlungen oder Verhalten obliegt demjenigen, der diese als Grund für die Abberufung anführt.

Selbstverständlich darf eine Abberufung nur unter Berücksichtigung der Rechte auf Verteidigung des betroffenen Mandatars erfolgen, entsprechende Entscheide müssen in diesem Sinne ordentlich begründet werden.

Ein Mandatar, der wegen eines schwerwiegenden Fehlers, einer groben Fahrlässigkeit oder eines inakzeptablen Fehlverhaltens abberufen wird, darf überdies nicht erneut in das betreffende Gremium bestellt werden.

Parallel zum vorliegendem Sonderdekretvorschlag wird:

- ein Beschlussvorschlag hinterlegt, der die Möglichkeit der Abberufung von öffentlichen Mandataren, die durch das Parlament bezeichnet wurden, in die Geschäftsordnung des Parlaments einführt;
- ein Dekretvorschlag hinterlegt, der die Möglichkeit der Abberufung von Verwaltungsratsmitgliedern bzw. Verwaltungsausschussmitgliedern des Belgischen Rundfunk- und Fernsehzentrams, des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand, der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben, des Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung und des Arbeitsamts einführt.

Im Rahmen dieses Sonderdekretvorschlags soll überdies ein materieller Fehler behoben werden, der bei der letzten Anpassung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachigen Gemeinschaft unterlaufen ist.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel ändert das Sonderdekret vom 21. Februar 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule ab, damit der Verwaltungsrat der Autonomen Hochschule aus eigener Initiative oder auf Vorschlag der Gründerpartner einem Mitglied des Verwaltungsrats das Mandat entziehen darf.

Damit das Mandat entzogen werden darf, muss dem betreffenden Mitglied des Verwaltungsrats Folgendes nachgewiesen werden:

- entweder ein schwerwiegender Fehler oder eine grobe Fahrlässigkeit bei der Ausübung seines Mandats oder

- eine Handlung oder ein Verhalten, das mit der Ausübung seines Mandats unvereinbar ist, oder
- die Nichteinhaltung der gesetzlich verankerten demokratischen Grundsätze bzw. die Mitgliedschaft in oder die Unterstützung einer Organisation, Partei, Vereinigung oder juristischen Person, die derartige Grundsätze missachtet.

Eine Abberufung erfolgt unter Wahrung der Rechte auf Verteidigung der betroffenen Mitglieder, was bedeutet, dass es eine vorherige Anhörung geben muss und dass das betroffene Mitglied sich durch eine Person seiner Wahl begleiten lassen darf. Die weiteren Modalitäten bezüglich des Abberufungsverfahrens legt der Verwaltungsrat selbst fest.

Für den verbleibenden Zeitraum bezeichnen die Gründerpartner ein neues Mitglied in den Verwaltungsrat, wobei ein abberufenes Mitglied nicht wieder wählbar ist.

Artikel 2

Artikel 2 ändert das Sonderdekret vom 20. Januar 2014 zur Gründung eines Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen (Kaleido) ab, um ein Abberufungsverfahren betreffend die Mitglieder des Verwaltungsrats von Kaleido vorzusehen.

Demnach erhält die Regierung die Möglichkeit, aus eigener Initiative oder auf Vorschlag einer im Sonderdekret erwähnten Vorschlagsinstanz oder des Verwaltungsrates, einem von ihr in den Verwaltungsrat bezeichneten Mitglied das Mandat zu entziehen, wenn diesem Folgendes nachgewiesen werden kann:

- ein schwerwiegender Fehler, eine grobe Fahrlässigkeit, eine Handlung oder ein Verhalten, das mit der Ausübung seines Mandats unvereinbar ist, oder
- die Nichteinhaltung der gesetzlich verankerten demokratischen Grundsätze bzw. die Mitgliedschaft in oder die Unterstützung einer Organisation, Partei, Vereinigung oder juristischen Person, die derartige Grundsätze missachtet.

Eine Abberufung erfolgt nach vorheriger Anhörung, zu der das betroffene Mitglied sich durch eine Person seiner Wahl begleiten lassen darf. Die weiteren Modalitäten bezüglich des Abberufungsverfahrens legt die Regierung selbst fest.

Für den verbleibenden Zeitraum bezeichnet die Regierung ein neues Mitglied in den Verwaltungsrat, wobei ein abberufenes Mitglied nicht wieder in den Verwaltungsrat bezeichnet werden kann.

Artikel 3

Mit Artikel 1 Nummer 1 des Sonderdekrets vom 26. Juni 2023 zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft wurde in Bezug auf die Wahlkreise das Wort „Verviers“ durch das Wort „Lüttich“ ersetzt. Diese Anpassung war für die Wahl zur Abgeordnetenversammlung korrekt, aber nicht für die Wahl zum Wallonischen Parlament. Tatsächlich sind die Wahlkreise für die Wahlen zur Abgeordnetenversammlung und zum Wallonischen Parlament unterschiedlich. Das Gesetz vom 13. Dezember 2002 über verschiedene Anpassungen der Wahlgesetzgebung hat die Wahlkreise für die Wahl der Abgeordnetenversammlung vergrößert; für die Wahl zum Wallonischen Parlament gab es keine entsprechende Änderung, dort bleibt der Wahlkreis Verviers weiterhin bestehen. Durch vorliegenden Artikel wird dieser materielle Fehler korrigiert.

Artikel 4

Diese Bestimmung sieht das Inkrafttreten des Sonderdekrets zum 1. März 2024 vor.

SONDERDEKRET VORSCHLAG

Artikel 1 – In Artikel 7 §3 des Sonderdekrets vom 21. Februar 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule werden folgende Absätze 3 bis 5 eingefügt:

„Der Verwaltungsrat kann aus eigener Initiative oder auf Vorschlag der Gründerpartner unter einer der folgenden Bedingungen und zu jedem Zeitpunkt einem von ihnen in den Verwaltungsrat bezeichneten Mitglied das Mandat entziehen:

1. wenn ihm ein schwerwiegender Fehler oder eine grobe Fahrlässigkeit bei der Ausübung seines Mandats nachgewiesen werden kann oder
2. wenn ihm eine Handlung oder ein Verhalten, das mit der Ausübung seines Mandats unvereinbar ist, nachgewiesen werden kann oder
3. wenn ihm nachgewiesen werden kann, dass es die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze nicht respektiert, bzw. wenn es Mitglied oder Sympathisant einer in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten Organisation, Partei, Vereinigung oder juristischen Person ist:
 - Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und deren Zusatzprotokolle, die in Belgien in Kraft sind,
 - Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und
 - Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkrieges vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes.

Eine Abberufung gemäß Absatz 3 erfolgt nach vorheriger Anhörung, zu der das betroffene Mitglied sich durch eine Person seiner Wahl begleiten lassen darf. Der Verwaltungsrat legt die weiteren Modalitäten bezüglich des Abberufungsverfahrens fest.

Ein gemäß Absatz 3 abberufenes Mitglied kann nicht wieder in den Verwaltungsrat bezeichnet werden.“

Art. 2 – In Artikel 9 §3 des Sonderdekrets vom 20. Januar 2014 zur Gründung eines Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen werden folgende Absätze 3 bis 5 eingefügt:

„Die Regierung kann aus eigener Initiative oder auf Vorschlag einer der in §1 Absatz 1 Nummern 2 bis 10 angeführten Instanzen oder des Verwaltungsrates unter folgenden Bedingungen und zu jedem Zeitpunkt einem von ihr in den Verwaltungsrat bezeichneten Mitglied das Mandat entziehen:

1. wenn ihm ein schwerwiegender Fehler oder eine grobe Fahrlässigkeit bei der Ausübung seines Mandats nachgewiesen werden kann oder
2. wenn ihm eine Handlung oder ein Verhalten, das mit der Ausübung seines Mandats unvereinbar ist, nachgewiesen werden kann oder
3. wenn ihm nachgewiesen werden kann, dass es die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze nicht respektiert, bzw. wenn es Mitglied oder Sympathisant einer in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten Organisation, Partei, Vereinigung oder juristischen Person ist:
 - Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und deren Zusatzprotokolle, die in Belgien in Kraft sind,
 - Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und
 - Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkrieges vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes.

Eine Abberufung gemäß Absatz 3 erfolgt nach vorheriger Anhörung, zu der das betroffene Mitglied sich durch eine Person seiner Wahl begleiten lassen darf. Die Regierung legt die weiteren Modalitäten bezüglich des Abberufungsverfahrens fest.

Auf Vorschlag der in §1 Absatz 1 Nummern 2 bis 10 angeführten Instanzen bezeichnet die Regierung für den verbleibenden Zeitraum ein neues Mitglied in den Verwaltungsrat. Ein gemäß Absatz 3 abberufenes Mitglied kann nicht wieder in den Verwaltungsrat bezeichnet werden."

Art. 3 – In Artikel 8 §4 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch das Sonderdekret vom 23. Juni 2023, wird zwischen die Wortfolge „und die“ und die Wortfolge „Mitglieder des Wallonischen Parlaments“ die Wortfolge „im Wahlkreis Verviers gewählten“ eingefügt.

Art. 4 – Das vorliegende Sonderdekret tritt am 1. März 2024 in Kraft.

Fredy CREMER

[Signature]

~~Augustine Heimer~~

~~*[Signature]*~~

GREGOR FRECHES

[Signature]

ALFRED MÖCKEL

Charles SERVATY

[Signature]

Robert Velle

[Signature]



Zitting: 2023-2024
Datum: 8 januari 2024

**VOORSTEL VAN BIJZONDER DECREET INZAKE HET ONTSLAG VAN OPENBARE
AMBTSDRAGERS**

INGEDIEND DOOR:
**de heer F. CREMER, de heer R. HEINERS, de heer R. NELLES,
de heer C. SERVATY, de heer F. MOCKEL
en de heer G. FRECHES**

INHOUDSOPGAVE

Dit voorstel van bijzonder decreet introduceert de mogelijkheid om het mandaat in te trekken van openbare ambtsdragers die zijn benoemd in de raad van bestuur van de autonome hogeschool resp. van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren, als ernstige fouten, grove nalatigheid of onaanvaardbaar wangedrag kunnen worden aangetoond.

INHOUDSOPGAVE

TOELICHTING	3
AIGEMENE OPMERKINGEN	3
COMMENTAAR BIJ DE ARTIKELEN.....	4
VOORSTEL VAN BIJZONDER DECREET.....	7

TOELICHTING

ALGEMENE OPMERKINGEN

Het onderwerp "Politieke Verantwoordelijkheid Online" staat al meer dan twee jaar op de agenda van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap. Naast de verantwoordelijkheid die parlementsleden zelf moeten nemen en ter versterking waarvan het Parlement overweegt een gedragscode in te voeren, moeten ook andere openbare ambtsdragers die een publiek mandaat vervullen ter verantwoording kunnen worden geroepen. Deze laatste doelstelling zou mogelijk gemaakt moeten worden door ontslagen in geval van fouten of wangedrag. Dit voorstel van bijzonder decreet creëert een basis voor dergelijk ontslag.

De ontwikkeling van het internet in het bijzonder heeft de manier waarop onze maatschappij (samen)leeft radicaal veranderd en dit heeft ook een aanzienlijke invloed op de uitoefening van grondrechten, die essentieel zijn voor de ontwikkeling van een democratie. Zo is onder andere de vrijheid van meningsuiting een van deze grondrechten, aangezien pluralisme een fundamentele waarde is van democratische systemen.

Vooraf samenzweringstheorieën, die zich online snel kunnen verspreiden, brengen dit pluralisme en daarmee de democratie echter in gevaar.

Het is de verantwoordelijkheid van openbare ambtsdragers om met hun gedrag de waarden van de democratie te beschermen en hoog te houden. Als een openbare ambtsdrager in strijd met deze democratische waarden handelt, moet deze ter verantwoording worden geroepen.

Tot op heden is het alleen mogelijk om een openbare ambtsdrager afzonderlijk uit zijn functie te ontheffen als diens gedrag de democratie in gevaar brengt.

Dit voorstel van bijzonder decreet voorziet de mogelijkheid om het ontslag in te leiden van openbare ambtsdragers die hun verantwoordelijkheden niet naar behoren vervullen.

Deze verantwoordelijkheid wordt niet correct genomen als er ernstige fouten worden gemaakt of als grof wangedrag wordt erkend.

In het algemeen worden de volgende fouten of gedragingen als verwerpelijk beschouwd: Oneerlijkheid, onbetrouwbaar gedrag, negeren van geheimhoudingsplichten, verspreiden van fake news en desinformatie, agressiviteit (inclusief verbaal - hatespeech), diefstal, machtsmisbruik, manipulatie van openbare aanbestedingen, enz.

Om een fout of wangedrag onherroepelijk te laten leiden tot ontslag, moet echter een categorisering als grof of ernstig plaatsvinden.

De termen "grote fout" en "ernstig wangedrag", die kunnen leiden tot het ontslag van deze openbare ambtsdragers, kunnen echter niet uitputtend worden gedefinieerd. Uiteindelijk is het altijd aan de bevoegde rechter om van geval tot geval te bepalen of een fout als grof en een wangedrag als ernstig dient te worden beschouwd.

Uit de bestaande rechtspraak (inclusief die van het Grondwettelijk Hof en de Raad van State) en de doctrine kunnen ondertussen bepaalde criteria worden gefilterd die aangeven wat een fout tot een grote fout en wangedrag tot een ernstig wangedrag maken.

Een van deze indicatoren is **de ernst van de gevolgen** die de fouten of het wangedrag veroorzaken of kunnen veroorzaken. Dit geldt in het bijzonder als de gevolgen als onherstelbaar worden gecategoriseerd.

De **relatie** tussen de openbare ambtsdrager en de organisatie waar het mandaat wordt uitgeoefend moet ook zodanig **verstoord** zijn door de fout of het wangedrag dat een verdere samenwerking onmogelijk lijkt.

Bovendien moet het voor een normaal voorzichtig persoon **vanzelfsprekend** zijn dat de handeling of het gedrag als fout wordt beschouwd. Deze vanzelfsprekendheid betekent dat de fout als onverschoonbaar wordt ervaren.

Handelingen of gedrag die onverenigbaar zijn met het mandaat zijn in het algemeen (moreel) verwerpelijke handelingen, d.w.z. gedrag dat de reputatie van de instelling kan schaden, of handelingen en gedrag die in strijd zijn met het publieke mandaat.

De bewijslast met betrekking tot de ernst van een fout, een wangedrag of handelingen en gedragingen die onverenigbaar zijn met het mandaat, ligt bij de partij die deze aanvoert als reden voor ontslag.

Het spreekt voor zich dat ontslag alleen kan plaatsvinden met inachtneming van de rechten van de verdediging van de betrokken openbaar ambtsdrager, en dat besluiten hiertoe naar behoren moeten worden gemotiveerd.

Bovendien kan een openbare ambtsdrager die is ontslagen als gevolg van een ernstige fout, grove nalatigheid of onaanvaardbaar wangedrag, niet opnieuw worden benoemd in het betreffende orgaan.

Parallel aan het huidige voorstel van bijzonder decreet wordt:

- een voorstel van beslissing ingediend, dat in het Reglement van het Parlement de mogelijkheid invoert om door het Parlement aangewezen openbare ambtsdragers te ontslaan;
- een voorstel van decreet ingediend tot invoering van de mogelijkheid om leden van de raad van bestuur of de bestuurscommissie van het Belgisch Centrum voor radio-omroep en de filmvoorstellingen van de Duitstalige Gemeenschap, het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand, de dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, het Centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap en de Dienst voor Arbeidsbemiddeling te ontslaan.

Dit voorstel van bijzonder decreet strekt er ook toe een materiële fout recht te zetten die werd gemaakt bij de laatste wijziging van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap.

COMMENTAAR BIJ DE ARTIKELEN

Artikel 1

Dit artikel wijzigt het bijzonder decreet van 21 februari 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool in die zin dat de raad van bestuur van de autonome hogeschool, op eigen initiatief of op voorstel van de stichtende vennoten, het mandaat van een lid van de raad van bestuur kan intrekken.

Om een mandaat te kunnen intrekken, moet het volgende worden bewezen tegen een lid van de raad van bestuur in kwestie:

- hetzij een ernstige fout of grove nalatigheid in de uitoefening van zijn mandaat, of
- een handeling of gedrag dat onverenigbaar is met de uitoefening van het mandaat, of
- de niet-naleving van de in de wet vastgelegde democratische beginselen resp. de lidmaatschap van of steun aan een organisatie, partij, vereniging of rechtspersoon die deze beginselen negeert.

Ontslag gebeurt met inachtneming van de rechten van verdediging van de betrokken leden, wat betekent dat er een voorafgaande hoorzitting moet plaatsvinden en dat het betrokken lid zich mag laten vergezellen door een persoon van zijn keuze. De raad van bestuur bepaalt zelf de verdere modaliteiten van de ontslagprocedure.

De stichtende vennoten benoemen een nieuw lid in de raad van bestuur voor de resterende periode, waarbij een lid dat uit zijn functie werd ontheven niet herkiesbaar is.

Artikel 2

Artikel 2 wijzigt het bijzonder decreet van 20 januari 2014 tot oprichting van een centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren (Kaleido) om een ontslagprocedure te voorzien voor de leden van de raad van bestuur van Kaleido.

Bijgevolg heeft de regering de mogelijkheid om, op eigen initiatief of op voorstel van een benoemingsorgaan vermeld in het bijzonder decreet of van de raad van bestuur, het mandaat van een lid dat ze in de raad van bestuur heeft benoemd, in te trekken indien het volgende kan worden aangetoond:

- een ernstige fout, grove nalatigheid, een handeling of gedraging die onverenigbaar is met de uitoefening van zijn mandaat, of
- niet-naleving van de in de wet vastgelegde democratische beginselen resp. lidmaatschap van of steun aan een organisatie, partij, vereniging of rechtspersoon die deze beginselen negeert.

Ontslag vindt plaats na een voorafgaande hoorzitting, waarbij het betrokken lid zich mag laten vergezellen door een persoon van zijn keuze. De regering bepaalt zelf de verdere modaliteiten van de ontslagprocedure.

De regering benoemt een nieuw lid in de raad van bestuur voor de resterende periode, waarbij een lid dat uit zijn functie werd ontheven niet opnieuw kan worden benoemd in de raad van bestuur

Artikel 3

Artikel 1 nummer 1 van het bijzonder decreet van 26 juni 2023 tot wijziging van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap verving met betrekking tot de kieskringen het woord "Verviers" door het woord "Luik". Deze aanpassing was juist voor de verkiezing van de Kamer van volksvertegenwoordigers, maar niet voor de verkiezing van het Waals Parlement. In feite zijn de kieskringen voor de verkiezingen voor de Kamer van volksvertegenwoordigers en het Waalse Parlement verschillend. De wet van 13 december 2002 houdende verschillende wijzigingen van de kieswetgeving breidde de kieskringen voor de verkiezing van de Kamer van volksvertegenwoordigers uit; er vond geen overeenkomstige wijziging plaats voor de verkiezing van het Waals Parlement, waar de kieskring Verviers blijft bestaan. Dit artikel corrigeert deze materiële fout.

Artikel 4

Deze bepaling voorziet dat het bijzonder decreet op 1 maart 2024 in werking treedt.

F. CREMER
R. HEINERS
R. NELLES
C. SERVATY
F. MOCKEL
G. FRECHES

VOORSTEL VAN BIJZONDER DECREET

Artikel 1 – In artikel 7, §3 van het bijzonder decreet van 21 februari 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool worden de volgende leden 3 tot 5 ingevoegd:

„De raad van bestuur kan onder een van de volgende voorwaarden, op eigen initiatief of op voorstel van de stichtende vennoten, op elk ogenblik het mandaat intrekken van een door hen aangeduid lid van de raad van bestuur:

1. indien kan worden aangetoond dat het lid een ernstige fout of grove nalatigheid heeft begaan in de uitoefening van zijn mandaat, of
2. indien een daad of gedraging kan worden bewezen die onverenigbaar is met de uitoefening van zijn mandaat, of
3. indien bewezen kan worden dat het lid de in de volgende wetsteksten vastgelegde democratische beginselen niet eerbiedigt, resp. indien hij lid of medestander is van een organisatie, partij, vereniging of rechtspersoon die de in de volgende wetsteksten vastgelegde democratische beginselen niet eerbiedigt:
 - Europees Verdrag tot bescherming van de rechten van de mens en de fundamentele vrijheden en zijn aanvullende protocollen die in België van kracht zijn,
 - Wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden, en
 - Wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de Tweede Wereldoorlog door het Duitse nationaal-socialistische regime is gepleegd.

Ontslag overeenkomstig lid 3 vindt plaats na een voorafgaande hoorzitting, waarbij het betrokken lid zich mag laten vergezellen door een persoon van zijn keuze. De raad van bestuur bepaalt de verdere modaliteiten van de ontslagprocedure.

Een lid dat overeenkomstig lid 3 is ontslagen, kan niet opnieuw tot lid van de raad van bestuur worden benoemd.”

Art. 2 – In artikel 9, §3, van het bijzonder decreet van 20 januari 2014 tot oprichting van een centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren worden de volgende leden 3 tot en met 5 ingevoegd:

„De regering kan, op eigen initiatief of op voorstel van een van de in §1, lid 1, nummers 2 tot en met 10 bedoelde organen of van de raad van bestuur, onder de volgende voorwaarden en te allen tijde het mandaat van een door haar in de raad van bestuur benoemd lid intrekken:

1. indien kan worden aangetoond dat het lid een ernstige fout of grove nalatigheid heeft begaan in de uitoefening van zijn mandaat, of
2. indien een daad of gedraging kan worden bewezen die onverenigbaar is met de uitoefening van zijn mandaat, of
3. indien bewezen kan worden dat het lid de in de volgende wetsteksten vastgelegde democratische beginselen niet eerbiedigt, resp. indien hij lid of medestander is van een organisatie, partij, vereniging of rechtspersoon die de in de volgende wetsteksten vastgelegde democratische beginselen niet eerbiedigt:
 - Europees Verdrag tot bescherming van de rechten van de mens en de fundamentele vrijheden en zijn aanvullende protocollen die in België van kracht zijn,
 - Wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden, en
 - Wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de Tweede Wereldoorlog door het Duitse nationaal-socialistische regime is gepleegd.

Ontslag overeenkomstig lid 3 vindt plaats na een voorafgaande hoorzitting, waarbij het betrokken lid zich mag laten vergezellen door een persoon van zijn keuze. De regering bepaalt de verdere modaliteiten van de ontslagprocedure.

Op voordracht van de in §1, lid 1, nummers 2 tot en met 10, genoemde organen benoemt de regering een nieuw lid voor de raad van bestuur voor de resterende periode. Een overeenkomstig lid 3 ontslagen lid kan niet opnieuw in de raad van bestuur worden benoemd."

Art. 3 – In artikel 8, §4, eerste lid, nummer 1 van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, zoals laatstelijk gewijzigd bij bijzonder decreet van 23 juni 2023, worden de woorden "verkozen in de kieskring Verviers" ingevoegd tussen de woorden "en" en de woorden "leden van het Waals Parlement".

Art. 4 – Dit bijzonder decreet treedt in werking op 1 maart 2024.

F. CREMER
R. HEINERS
R. NELLES
C. SERVATY
F. MOCKEL
G. FRECHES